Böckler impuls

12/2012 4. Juli

Arbeitswelt: Zeitsouveränität hilft beim Ehrenamt 2
Beschäftigung: Kurzarbeit – in Italien kein Erfolgsmodell 3
Jugendliche: Der Weg ins Berufsleben fällt auch in Deutschland schwer 4
Arbeitsrecht: Hausangestellte – Lücke beim Arbeitsschutz 6
Rentenreform: Kurzfristige Einschnitte machen krank 7
TrendTableau 8

Hans Böckler Stiftung

KONJUNKTUR

Höhere Löhne stützen Wachstum

Höhere Tarifabschlüsse, geringere Inflation: Arbeitnehmer in Deutschland haben 2012 und 2013 Aussicht auf reale Lohnzuwächse. Das stützt die lahmende Konjunktur.

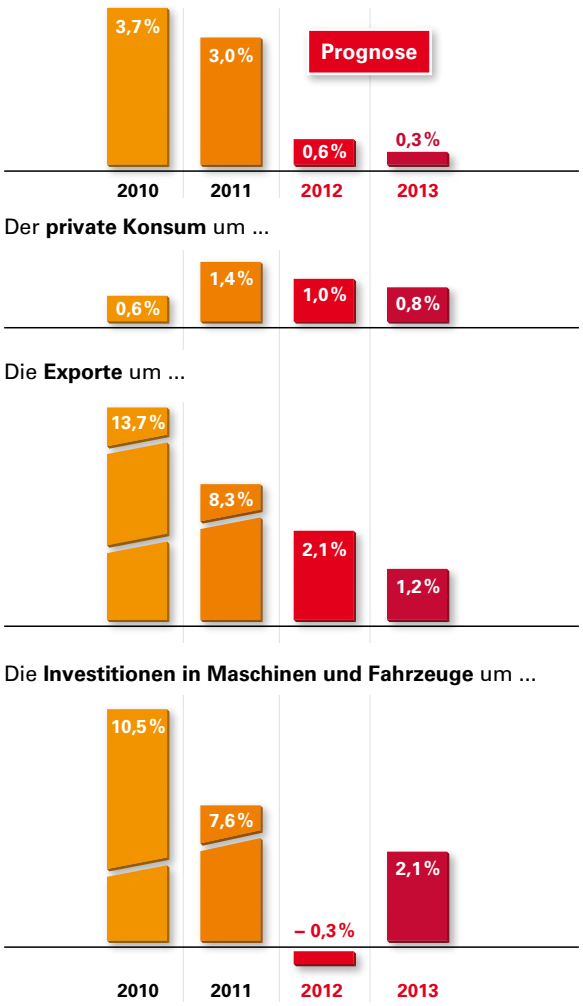
Die Zeiten, in denen Beschäftigten nach Abzug der Preissteigerung immer weniger von ihrem Lohn übrig blieb, sind nach der neuen Konjunkturprognose des IMK fürs Erste überwunden.* Für dieses und das kommende Jahr rechnen die Wissenschaftler damit, dass die Bruttolöhne und -gehälter pro Arbeitnehmer um 2,5 beziehungsweise 2,1 Prozent zunehmen werden. Höhere Tarifabschlüsse sind ein wesentlicher Grund. Parallel erwartet das IMK einen Rückgang der Inflation auf 1,9 und 1,4 Prozent. Real hätten die Beschäftigten also 2012 und 2013 mehr Geld in der Tasche.

Robuster Konsum verhindert Schlimmeres. Das wirke sich positiv auf den privaten Konsum aus und stabilisiere die deutsche Wirtschaft in einer schwierigen Phase, konstatieren die Experten. Denn die tiefe Krise in Europa und eine nachlassende Wachstumsdynamik in Übersee bremsen Exporte und Investitionen deutlich. Die Ausfuhren werden laut IMK nur schwach wachsen, die Ausrüstungsinvestitionen in diesem Jahr sogar leicht zurückgehen. „Vor allem der robuste Konsum hält unser Wachstum knapp über der Nulllinie“, sagt Gustav Horn, der Wissenschaftliche Direktor des IMK. „Das zeigt, wie wichtig es ist, die Binnennachfrage nicht zu vernachlässigen. Diese Entwicklung sollte weiter gestärkt werden.“ Auch, weil sie dabei helfe, die gefährlichen Ungleichgewichte im Euroraum zu reduzieren.

Alternativen zum Sparkurs. Beim europäischen Krisenmanagement sieht das IMK seit dem EU-Gipfel Ende Juni ebenfalls Fortschritte. „Die Beschlüsse dürften den Krisenländern mehr Zeit bringen, ihre Sparauflagen umzusetzen. Damit wird endlich der gefährliche Austeritätskurs abgemildert“, erklärt Horn. Die Forscher empfehlen weitere ergänzende Schritte. Dazu zählen sie einen Schuldentilgungsfonds, wie ihn die deutschen „Wirtschaftsweisen“ vorgeschlagen haben. Über den Fonds würde eine in Umfang und Laufzeit begrenzte Form einer „gesamtschuldnerischen Haftung“ eingerichtet, die endlich das richtige Signal setze: Dass die Euroländer fest entschlossen sind, die Währungsunion zu erhalten. So bekäme auch die Europäische Zentralbank ausreichende Rückendeckung, um notfalls am Finanzmarkt wieder Staatsanleihen aufzukaufen, damit die Zinsen nicht zu hoch steigen.

Konsum stabilisiert die Konjunktur

Laut IMK verändert sich gegenüber dem Vorjahr:



Quelle: IMK 2012 | © Hans-Böckler-Stiftung 2012

* Quelle: Peter Hohlfeld, Gustav Horn u. a.: Auf schwankendem Grund – Deutsche Konjunktur zur Jahresmitte 2012, IMK Report 72, Juni 2012
Download und Quellendetails: www.boecklerimpuls.de

Zeitsouveränität hilft beim Ehrenamt

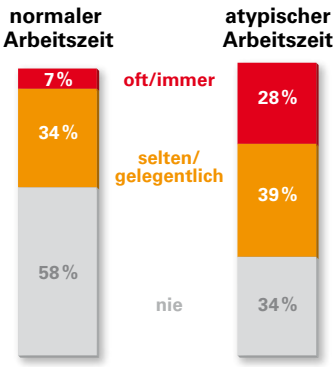
Über ein Viertel der Beschäftigten in Deutschland engagiert sich ehrenamtlich. Arbeit am Abend oder am Wochenende behindert Engagement. Arbeitszeitkonten helfen.

Ob Sportvereine, Parteien, Gewerkschaften oder die freiwillige Feuerwehr: Zahlreiche Institutionen des öffentlichen Lebens basieren im Wesentlichen auf ehrenamtlichem Engagement. Ein solches Engagement kostet Zeit – die Beschäftigte neben ihrer Erwerbstätigkeit aufbringen müssen. Wie ihnen das gelingt, haben der ehemalige Leiter des WSI, Hartmut Seifert, und mehrere Forscher der Technischen Universität Dortmund im Auftrag des nordrhein-westfälischen Ministeriums für Arbeit, Integration und Soziales untersucht.* Ihre Studie, für die über 10.000 Personen befragt wurden, zeigt: Freiwilligentätigkeit ist unter abhängig Beschäftigten weit verbreitet. Atypische Arbeitszeiten erschweren das Engagement, Arbeitszeitkonten können zu einer besseren Vereinbarkeit von Beruf und Ehrenamt beitragen.

Das Ausmaß ehrenamtlicher Tätigkeit hat im Laufe des vergangenen Jahrzehnts deutlich zugenommen: 2011 waren der Studie zufolge 28 Prozent aller Beschäftigten ehrenamtlich engagiert – im Vergleich zu 18 Prozent 1999. Auch das Potenzial ist in diesem Zeitraum gewachsen. Fast jeder siebte noch nicht engagierte Beschäftigte gab 2011 an, dass er gerne ein Ehrenamt übernehmen würde. 1999 war es knapp jeder dreißigste. „Von einer ‚Krise des Ehrenamtes' kann demnach keine Rede sein", betonen die Sozialforscher.

Ehrenamt mit Hindernissen

Beruf und Ehrenamt zu koordinieren ist schwierig für Beschäftigte mit ...



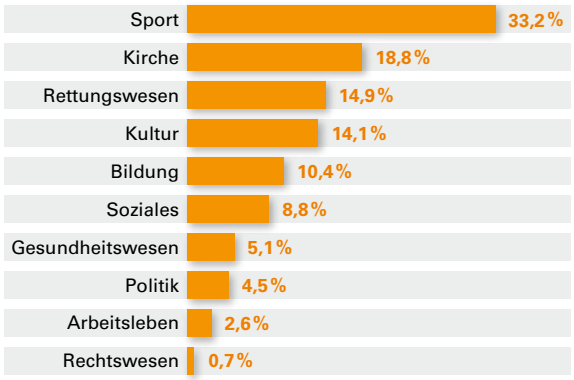
Differenz zu 100 % durch Rundung
Quelle: Seifert, Groß u.a. 2012 | © Hans-Böckler-Stiftung 2012

Generell gehen Männer mit 31 Prozent häufiger einer Freiwilligentätigkeit nach als Frauen, von denen 24 Prozent ehrenamtlich engagiert sind. Ein Grund dafür dürfte die traditionelle Aufgabenverteilung in Familien sein, vermuten die Autoren. Frauen müssten oft die Hauptlast bei Kinderbetreuung, Hausarbeit und Pflege tragen. Sowohl für Erwerbsarbeit als auch für ein Ehrenamt bleibe ihnen daher weniger Zeit. Viele Männer dagegen betrachteten ehrenamtliches Engagement auch als eine Form von Networking, also als Investition in ihre berufliche Karriere.

Besonders stark variiert Freiwilligentätigkeit mit der Qualifikation: Nur 17 Prozent der an- und ungelernten Arbeiter

Vielfältiges Engagement

Ehrenamtlich Tätige engagieren sich im Bereich* ...



* Mehrfachnennungen möglich
Quelle: Seifert, Groß u.a. 2012 | © Hans-Böckler-Stiftung 2012

und der Angestellten mit einfachen Tätigkeiten üben ein Ehrenamt aus. Hochqualifizierte, also Meister oder Angestellte mit umfassenden Führungsaufgaben, sind mit 37 Prozent nicht nur häufiger engagiert, sie investieren mit durchschnittlich 18 Stunden pro Monat auch am meisten Zeit in ihre ehrenamtliche Tätigkeit – obwohl sie im Schnitt am längsten arbeiten. Die Erklärung der Forscher: Hochqualifizierte seien in der Lage, vergleichsweise autonom über ihre Arbeitszeit zu verfügen.

Eine insgesamt zunehmende Zeitautonomie könnte auch erklären, warum die Zahl der Beschäftigten mit Ehrenamt seit 1999 gewachsen ist. Damals gab etwa ein Drittel der ehrenamtlich Tätigen an, dank flexibler Arbeitszeiten regelmäßig freinehmen zu können. 2011 hatten mehr als zwei Drittel diese Möglichkeit. Vor allem Arbeitszeitkonten, schreiben die Sozialforscher, seien in den vergangenen Jahren kontinuierlich ausgebaut worden. „Es ist diese spezifische Form von ‚regulierter Flexibilität', die ehrenamtliches Engagement befördert und für dessen Zuwachs in den letzten zwölf Jahren mitverantwortlich sein dürfte."

Probleme bereiten dagegen atypische Arbeitszeiten. Der Anteil der Beschäftigten, die im Schichtdienst, nachts oder am Wochenende arbeiten, ist unter Ehrenamtlichen mit 50 Prozent geringer als unter allen Befragten, die zu 57 Prozent von solchen Arbeitszeiten betroffen sind. Ehrenamtlich Tätige mit atypischen Arbeitszeiten klagen zu 28 Prozent über Konflikte zwischen Beruf und Ehrenamt, diejenigen mit Normalarbeitszeit nur zu 7 Prozent. Insbesondere Wochenendarbeit, so die Wissenschaftler, wirke sich negativ auf den zeitlichen Aufwand für Freiwilligentätigkeit aus.

Wie wichtig angemessene Arbeitszeitregelungen sind, zeigen auch die Motive derjenigen Befragten, die ihr Ehrenamt aufgeben oder einschränken wollen. Zeitkonflikte spielen hier eine zentrale Rolle: „Wer zeitliche Vereinbarkeitsprobleme hat, erwägt eher, das Engagement zu reduzieren. Ungünstige, immer wieder Reibungen verursachende Arbeitszeiten können Exit-Entscheidungen fördern."

* Quelle: Hartmut Seifert, Hermann Groß u. a.: Erwerbsarbeit und Ehrenamt in der Bundesrepublik Deutschland und in Nordrhein-Westfalen. Bestandsaufnahme des ehrenamtlichen Engagements im Europäischen Jahr der Freiwilligentätigkeit, Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen, März 2012
Download unter www.boecklerimpuls.de

Kurzarbeit: In Italien kein Erfolgsmodell

In Deutschland hat Kurzarbeit dabei geholfen, während der Wirtschaftskrise die Arbeitslosigkeit niedrig zu halten. In Italien haben ganz ähnliche Instrumente weitaus weniger gut funktioniert.

Nach dem wirtschaftlichen Einbruch 2009 hat sich der deutsche Arbeitsmarkt erstaunlich schnell erholt. Ein Bestandteil des „deutschen Jobwunders“ war die Ausweitung der Kurzarbeit. Doch ohne günstige Rahmenbedingungen hätte sie nicht so gut angeschlagen. Dies zeigt der Vergleich mit Italien, den IMK-Forscherin Ulrike Stein zusammen mit Fabio R. Aricò von der University of East Anglia im englischen Norwich angestellt hat.*

Für beide Länder ging die globale Nachfrage 2009 ähnlich stark zurück, skizzieren die Forscher. Deutsche wie Italiener nutzen das Instrument der Kurzarbeit seit geraumer Zeit, um in Phasen der Rezession Beschäftigte im Unternehmen halten zu können. Und beide Länder starteten mit einer identischen Arbeitslosenquote von 7,8 Prozent in die Wirtschaftskrise. Hier hören die Gemeinsamkeiten allerdings auf: Trotz des kräftigen Einbruchs behielten in Deutschland die meisten Arbeitnehmer ihren Job. Seit Anfang 2010 nahm die Beschäftigung sogar wieder zu, die Wirtschaft erholte sich. In Italien hingegen gingen sowohl die Zahl der Erwerbstätigen als auch das Wachstum erheblich zurück. Eine nachhaltige Erholung ist nicht in Sicht.

Dass Deutschland besser abschnitt, beruht nach der Analyse von Stein und Aricò auf den günstigeren Rahmenbedingungen. Angesichts des großen Ausmaßes der Rezession verließ sich die Bundesregierung nicht allein auf arbeitsmarktpolitische Instrumente. In kurzer Folge legte sie mehrere **Konjunkturprogramme** auf, die dabei halfen, den starken Nachfragerückgang aufzufangen. Die italienische Regierung unterstützte die Wirtschaft dagegen kaum; Begründung: Der Staat sei zu hoch verschuldet.

Zudem konnten Betriebe in Deutschland auf weitere Möglichkeiten interner Flexibilität zurückgreifen, zum Beispiel auf die in der deutschen Industrie weit verbreiteten **Arbeitszeitkonten**. Vor der Krise florierte die Wirtschaft, die Konten der Beschäftigten waren gut gefüllt. Als Aufträge fehlten, bauten sie ihre Zeitguthaben ab. Darüber hinaus machten Arbeitnehmer weniger **Überstunden** und reduzierten ihre **Wochenarbeitszeit**. Mehr als drei Millionen Jobs ließen sich so erhalten, zitieren Stein und Aricò eine Studie des WSI.

Die **Mitbestimmung** der Arbeitnehmer trug dazu bei, solche betrieblichen Arbeitszeitverkürzungen effektiv einzusetzen: „Die Sozialpartner hatten diese Instrumente innerhalb eines verlässlichen Rahmens entwickelt“, erläutern die beiden Wirtschaftsforscher. Arbeitgeber konnten dadurch gemeinsam mit Arbeitnehmervertretern die Arbeitszeit ihrer Beschäftigten an die Auftragslage anpassen. Entlassungen blieben so aus. In Italien fehlen solche Möglichkeiten.

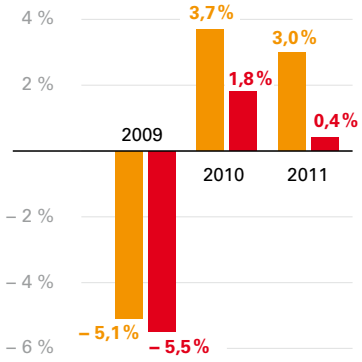
Die zusätzlichen Flexibilitätspuffer erleichterten es deutschen Betrieben auch, die Kurzarbeit weniger intensiv einzusetzen. In Deutschland waren im Mai 2009 zwar mehr als 1,5 Millionen Beschäftigte in Kurzarbeit. Die meisten von ihnen reduzierten ihre Wochenarbeitszeit jedoch lediglich um bis zu 25 Prozent. Nicht einmal zehn Prozent aller Kurzarbeiter arbeiteten weniger als die Hälfte ihrer üblichen Arbeitszeit. Im Durchschnitt belief sich die Reduzierung auf 30 Prozent.

Die italienische Regierung hingegen verließ sich fast ausschließlich auf die verschiedenen Regelungen zur Kurzarbeit, um die Auftragseinbrüche der Industrie abzufedern. „Diese Programme haben sicherlich dazu beigetragen, einen massiven Anstieg der Arbeitslosigkeit zu verhindern“, so Aricò und Stein. Dennoch habe die Zahl der Arbeitslosen bis ins Jahr 2010 zugenommen. Ein Grund für die Verzögerung: In Italien hat nur ein kleiner Kreis von Beschäftigten Anspruch auf Arbeitslosengeld. „Da italienische Beschäftigte weniger davor geschützt sind, im Falle von Arbeitslosigkeit ohne Einkommen dazustehen, wurde die Kurzarbeit während der Krise als Ersatz-Arbeitslosenversicherung genutzt“, fassen die Forscher zusammen. Zu Beginn der Krise wechselten viele Arbeitnehmer in **Kurzarbeit Null**, waren also eigentlich arbeitslos. Gerade sie tauchten später in den Arbeitslosenstatistiken auf, als die Wirtschaftskrise andauerte und ihr Kurzarbeitergeld auslief.

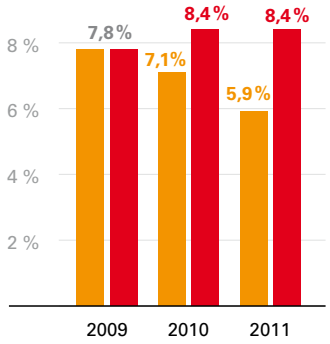
Deutschland schneller aus der Krise

So entwickelten sich in **Deutschland** und **Italien** ...

... das reale **Bruttoinlandsprodukt**



... die **Arbeitslosenquote***



* laut ILO-Definition; Quelle: Eurostat 2012 | © Hans-Böckler-Stiftung 2012

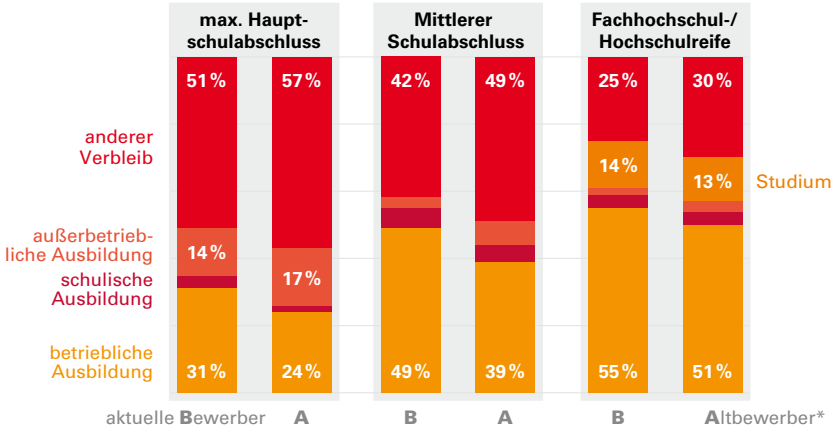
* Quelle: Fabio R. Aricò, Ulrike Stein: Was Short-Time Work a Miracle Cure During the Great Recession? The Case of Germany and Italy, in: Comparative Economic Studies Nr. 54, 2012
Download unter www.boecklerimpuls.de

Der Weg ins Berufsleben fällt auch in Deutschland schwer

Im internationalen Vergleich ist die Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland relativ gering. Das heißt aber nicht, dass der Einstieg ins Erwerbsleben hierzulande reibungslos funktioniert: Warteschleifen, ungeliebte Kompromisse, Unsicherheit, Stress und schlechte Bezahlung sind für viele Jugendliche Alltag.

Viele Lehrstellenbewerber gehen leer aus

So endete die Lehrstellensuche für Bewerber des Jahres 2010:



* bereits im Vorjahr vergeblich beworben; Quelle: BIBB-Bewerberbefragung 2010 | © Hans-Böckler-Stiftung 2012

Die Meldungen vom Ausbildungs- und Arbeitsmarkt sind überwiegend positiv. Im Mai 2012 waren laut Statistik der Arbeitsagentur 4,5 Prozent der Unter-25-Jährigen in Deutschland arbeitslos gemeldet, von den Jugendlichen unter 20 sogar nur 2,7 Prozent. Angesichts der Jugendarbeitslosenquoten von 50 Prozent in einigen südeuropäischen Ländern und über 20 Prozent im EU-Durchschnitt scheinen in der Bundesrepublik sehr günstige Zustände zu herrschen. Doch dieser grobe Vergleich verstellt den Blick auf die konkreten Probleme, vor denen viele Jugendliche stehen, die im „Labyrinth der Ausbildungs- beziehungsweise Arbeitssuche“ umherirren, so die Arbeitswissenschaftler Julia Kramer und Thomas Langhoff. Der Professor an der Hochschule Niederrhein und Geschäftsführer der Dortmunder Prospektiv GmbH und seine wissenschaftliche Mitarbeiterin haben im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung zahlreiche Fakten zur Arbeits- und Ausbildungssituation junger Menschen zusammengetragen.* Sie machen deutlich, wie schwierig es für viele Berufseinsteiger ist, in der Erwerbsgesellschaft Fuß zu fassen. Zwar werde viel über die Bewältigung demografischer Veränderungen oder Work-Life-Balance diskutiert, schreiben die Forscher, aber „ein Einbezug der Arbeits- und Lebenssituation junger Menschen findet im öffentlichen Diskurs zu wenig statt“.

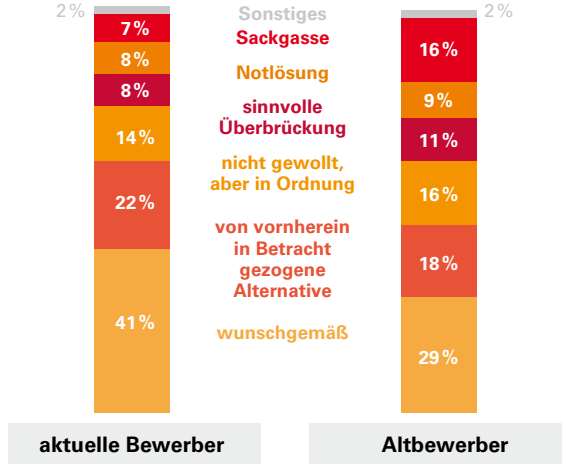
Berufsausbildung: 70 Prozent aller Schulabgänger strebten im Jahr 2010 eine duale Ausbildung an. Die Mehrheit wollte direkt nach der Schule eine Lehre machen; weitere 19 Prozent der Abgänger zu einem späteren Zeitpunkt. „Doch längst nicht alle von ihnen erreichen ihr Ziel“, beobachten Kramer und Langhoff. „Wer direkt, ohne lange Wartezeit oder sogenannte Übergangsmaßnahmen einen Ausbildungsplatz findet, darf sich glücklich schätzen.“ Trotz rückläufiger Nachfrage nach Lehrstellen und einer steigenden Zahl von Absolventen mit Berechtigung zum Hochschulzugang war der Markt eng. Denn auch das Lehrstellenangebot ging zurück. So konnten im Jahr 2010 lediglich 63 Prozent der Schulabgänger, die eine Azubi-Stelle suchten, ihren Ausbildungswunsch vollständig oder annähernd verwirklichen.

Inwieweit sich die Berufswünsche realisieren lassen, hängt von der örtlichen Wirtschafts- und Bevölkerungsstruktur, der schulischen Qualifikation und vom Wunschberuf ab. So gab es 2010 für den Beruf des Tierpflegers mehr als doppelt so viele Bewerbungen wie Ausbildungsplätze. Auf 100 Stellen für visuelle Gestalter kamen 160 Bewerbungen. In der Gastronomie hingegen – die unter potenziellen Bewerbern laut Umfragen kein gutes Image hat – blieben Stellen unbesetzt.

Insgesamt gebe es jedes Jahr „Hunderttausende, die keine Ausbildungsstelle gefunden haben“, konstatieren die Wissenschaftler. 2010 waren es rund 175.000 Jugendliche, die sich letztlich mit einem Alternativprogramm wie einer außerbetrieblichen Ausbildung abfanden, und knapp 110.000, „deren Verbleib ungeklärt“ blieb.

Bewerber häufig unzufrieden

Ende 2010 bewerteten Jugendliche ihre Situation als ...



Quelle: BIBB-Bewerberbefragung 2010 | © Hans-Böckler-Stiftung 2012

Studierende auf der Couch

Studierende im Erstsemester leiden unter ...

Mehrfachnennungen möglich
Quelle: Kramer, Langhoff 2012 | © Hans-Böckler-Stiftung 2012

Doch auch wenn es mit der Lehrstelle geklappt hat, läuft der Rest nicht automatisch wie geschmiert. Gut 20 Prozent der Ausbildungsverträge werden vorzeitigt aufgelöst. Dabei geht die Initiative meist von den Azubis aus, oft weil es Probleme mit dem Chef gibt. Dann beginnt die Lehrstellensuche erneut – und Abbrecher haben eher schlechte Karten.

Neben Schwierigkeiten und Konflikten, von denen auch ältere Arbeitnehmer in normalen Arbeitsverhältnissen betroffen sind, müssen Azubis mit zwei weiteren Stressfaktoren leben: wenig Geld und unsicherer Zukunft. Eine repräsentative Befragung ergab, dass 27 Prozent der Auszubildenden im zweiten Lehrjahr noch einen Zweitjob haben. Und etwa 40 Prozent der Lehrlinge wurden im Jahr 2008 nicht vom Ausbildungsbetrieb übernommen.

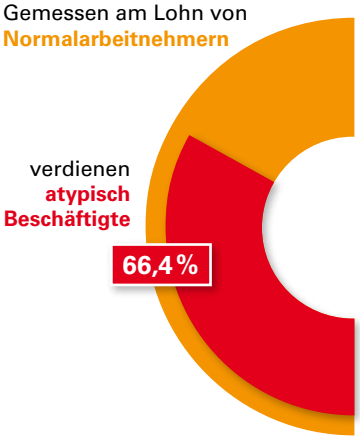
Studium: Studierende haben in der Regel recht gute Arbeitsmarktchancen, wie sich an der geringen Akademikerarbeitslosigkeit ablesen lässt. Allerdings gibt es auch hier Ausnahmen, zeigen Kramers und Langhoffs Analysen. So hat ein Jahr nach Studienende nur rund die Hälfte der Geisteswissenschaftler eine reguläre Arbeit gefunden. Die größeren Schwierigkeiten bereite der Mehrheit jedoch das Studium selbst. „Der ökonomische, soziale, Leistungs- und Zeitdruck sind enorm gestiegen“, stellen die Forscher fest. Zwei Drittel arbeiteten neben dem Studium für den Lebensunterhalt. Das führe zu „enormen Mehrfachbelastungen“. Mit der Einführung der Bachelor-Studiengänge sei zudem die Zahl der Klienten in den psychologischen Beratungsstellen um 20 Prozent angestiegen. Studierende sind nach einer Untersuchung der Betriebskrankenkassen zwar im Schnitt gesünder als Gleichaltrige, eine Ausnahme bilden aber die psychischen Erkrankungen: Studentinnen und Studenten bekommen deutlich häufiger Antidepressiva verschrieben.

Praktika: Vorübergehende unentgeltlich oder gegen geringe Bezahlung absolvierte Arbeit in Betrieben ist für Studierende heute selbstverständlich. Nur zwölf Prozent der Uni- und drei Prozent der FH-Studenten machen kein Praktikum während des Bachelor-Studiums. Pauschale Aussagen über die Qualität von Praktika lassen sich der Studie zufolge nicht treffen. Die Praktikanten geben häufig an, dass sie von der betrieblichen Erfahrung profitiert haben. Problematisch erscheint den Forschern jedoch ein Teil der Praktika, die Uni-Absolventen nach dem Examen machen. Hier liefere beispielsweise eine von der Hans-Böckler-Stiftung geförderte Untersuchung Hinweise darauf, dass Unternehmen das Instrument Praktikum auch missbrauchen. So gaben 81 Prozent der Befragten an, vollwertige Arbeit geleistet zu haben. Und drei Viertel sagten, ihre Arbeit sei im Betriebsverlauf fest eingeplant gewesen. 40 Prozent der Praktika waren aber gänzlich unbezahlt und nur in 9 Prozent der Fälle lag die Vergütung über 800 Euro.

Atypische Beschäftigung: Nach erfolgreich abgeschlossener Ausbildung führt der Weg heute nicht mehr selbstverständlich in einen unbefristeten Vollzeitjob. Die stetige Ausbreitung atypischer Jobs trifft besonders Jüngere. Mehr als die Hälfte der unter 20-jährigen Erwerbstätigen – ohne Auszubildende – arbeitet auf befristeten oder Teilzeitstellen, in Leiharbeit oder Minijobs. Bei den 20- bis 25-Jährigen ist es etwa ein Drittel.

Gemessen an der Gesamtbeschäftigung spiele die Leiharbeit mit knapp drei Prozent aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zwar eine untergeordnete Rolle, schreiben die Wissenschaftler. Sie sei aber inzwischen für schlechter Qualifizierte und Jüngere häufig die einzige Option auf einen Arbeitsplatz. Wegen der oft schlechten Bezahlung atypischer Jobs sind auch die Aufstocker überdurchschnittlich häufig jung: 3,3 Prozent der 15- bis 25-jährigen Beschäftigten bekamen 2010 Hartz IV, weil der Lohn nicht reichte. Im Durchschnitt aller Altersgruppen lag der Wert nur bei 2,4 Prozent. „Über die gravierenden finanziellen Folgen hinaus tragen atypische Beschäftigungsverhältnisse auch dazu bei, dass die soziale Teilhabe der Menschen erschwert wird“, schreiben Kramer und Langhoff. Die berufliche Unsicherheit verhindere oft eine private Zukunftsplanung.

Wenig zum Leben



aktuellste verfügbare Daten von 2006
Quelle: Statistisches Bundesamt 2009
© Hans-Böckler-Stiftung 2012

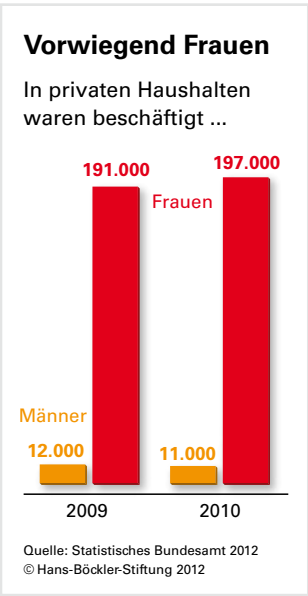
* Quelle: Julia Kramer, Thomas Langhoff: Die Arbeits- und Lebensbedingungen der jungen Generation, Arbeitspapier 260 der Hans-Böckler-Stiftung, Mai 2012
Download und Quellendetails: www.boecklerimpuls.de

Hausangestellte: Lücke beim Arbeitsschutz

Die Zahl der Beschäftigten in Privathaushalten wächst – auch weil immer mehr ältere Menschen pflegebedürftig sind. Mit der Ratifizierung der ILO-Konvention für Hausangestellte könnte Deutschland mehr Aufmerksamkeit auf deren Lage lenken, zeigt ein Gutachten.*

Rund 208.000 Beschäftigte in privaten Haushalten weist das Statistische Bundesamt für 2010 aus. Die meisten sind Frauen, die Tendenz ist steigend. Besonders Pflegetätigkeiten gewinnen beträchtlich an Bedeutung, erläutert Eva Kocher, Juraprofessorin an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder). Sie hat im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung die rechtliche Situation von Hausangestellten untersucht. Anlass war die Verabschiedung der „Domestic Workers Convention" der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), die von Deutschland noch nicht ratifiziert worden ist.

Kochers Ergebnis: Deutsche Gesetze entsprechen zwar den Mindestvorgaben der ILO, Angestellten in Privathaushalten die gleichen Rechte einzuräumen wie anderen abhängig Beschäftigten. Bei einigen Fragen zeigt die Studie jedoch Verbesserungsbedarf darüber hinaus.



Allgemeine Grundsätze. Hausangestellte sind grundsätzlich Arbeitnehmerinnen im Sinne des deutschen Arbeitsrechts, denn sie arbeiten in der Regel weisungsgebunden und sind in die Organisation des Haushalts eingegliedert. Das gilt auch für ausländische Beschäftigte – es sei denn, sie sind nur vorübergehend aus ihrem Heimatland nach Deutschland entsandt. Allerdings greifen bei Arbeitskräften in Privathaushalten einige Ausnahmeregelungen.

Arbeitsschutz. Sowohl das Arbeitsschutz- als auch das Arbeitssicherheitsgesetz gelten für Hausangestellte nicht. Anforderungen an die Gestaltung des Arbeitsplatzes ergeben sich lediglich aus den Mindestvorgaben zur „Fürsorgepflicht" nach einer der ältesten Vorschriften des deutschen Arbeitsrechts. Doch die Konvention erlaube es, die „besonderen Merkmale der hauswirtschaftlichen Arbeit" zu berücksichtigen, schreibt Kocher. Nach der Ratifizierung müsste der Gesetzgeber den Schutz dann schrittweise an andere Beschäftigungsverhältnisse angleichen.

Arbeitszeit. Im deutschen Recht unterliegen im Haushalt Beschäftigte dem allgemeinen Arbeitszeitschutz. Sie haben zum Beispiel Anspruch darauf, pro Woche mindestens 24 Stunden am Stück frei zu haben. Bereitschaftszeiten sind ebenfalls als Arbeitszeit anzusehen. Ausnahmen vom Arbeitszeitgesetz gelten nur für Beschäftigte, die „in häuslicher Gemeinschaft mit den ihnen anvertrauten Personen zusammenleben und diese eigenverantwortlich erziehen, pflegen oder betreuen"– etwa bei der Arbeit in SOS-Kinderdörfern oder in betreuten Wohngruppen. Insgesamt ist das deutsche Recht bei diesem Thema sogar schon weiter, als es die Konvention verlangt, so die Juristin.

Entlohnung. Aktuell bestehen Tarifverträge für die Hausarbeit zwischen dem Deutschen Hausfrauenbund auf Arbeitgeberseite und der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten. Einen gesetzlichen Mindestlohn gibt es lediglich für die Pflegebranche. Pflegekräfte, die von privaten Haushalten beschäftigt werden, sind hiervon zumeist nicht erfasst. Die Konvention sieht nur vor, dass ein nationaler Mindestlohn gezahlt wird, wenn es einen gibt – ihre Ratifizierung bringt also keine Verbesserung. Immerhin begrenzt das deutsche Recht Sachleistungen des Arbeitgebers anstelle einer Entlohnung in Geld – eine weitere Anforderung der ILO-Konvention.

Soziale Sicherung. Grundsätzlich werden geringfügig beschäftigte Hausangestellte wie andere geringfügig Beschäftigte behandelt. Allerdings sind die Pauschalbeiträge zu den Sicherungssystemen geringer. Dieser Widerspruch zu den Bestimmungen der Konvention kann jedoch auch noch nach der Ratifikation beseitigt werden, so Kocher.

Schutz vor Missbrauch, Belästigung und Gewalt. Aufgrund der mangelnden Sichtbarkeit und fehlenden gesellschaftlichen Anerkennung ihrer Tätigkeit ergeben sich für Hausangestellte über die Gleichbehandlung mit anderen Beschäftigten hinaus besondere Schutzbedürfnisse, erläutert die Juraprofessorin. Die Gefahr von Ausbeutung und einer mangelnden Trennung von Erwerbsarbeit und Freizeit ist groß. Wohnen sie mit im Haushalt, haben Beschäftigte aber ein Recht auf Schutz ihrer Privatsphäre. Den Mindestanforderungen der Konvention genüge das deutsche Recht.

Rechtsdurchsetzung. Auf dem Papier scheinen Hausangestellte also vollwertige Arbeitnehmer zu sein, mit – fast – allen Rechten eines abhängig Beschäftigten. Empirische Studien lassen aber vermuten, „dass die überwiegende Zahl der Privathaushalte ihren gesetzlichen Melde- und Beitragspflichten und vermutlich auch sonstigen Arbeitgeberpflichten nicht nachkommt", so Kocher. Die Juristin spricht sich dafür aus, „über eine Anpassung der Eingriffsrechte nachzudenken" – natürlich unter Wahrung der Privatsphäre des Arbeitgebers: Arbeitsstätten in einer Wohnung dürfen ohne das Einverständnis des Inhabers nur dann betreten werden, wenn ein konkreter Verdacht eines schwerwiegenden Rechtsverstoßes vorliegt.

Kochers Fazit: Eine Ratifizierung der ILO-Konvention sei auch ohne aktuelle Rechtsänderungen möglich. Sie sei „hilfreich, um eine Klarstellung der aktuellen gesetzlichen Situation sowie ein klareres Bewusstsein aller Betroffenen zu ermöglichen". Denn die mangelnde Sichtbarkeit der Hausangestellten äußere sich auch „in einer mangelnden Beachtung in der rechtlichen und praktischen Diskussion". ◂

* Quelle: Eva Kocher: Hausarbeit als Erwerbsarbeit: Der Rechtsrahmen in Deutschland, Voraussetzungen einer Ratifikation der ILO Domestic Workers Convention durch die Bundesrepublik Deutschland, Gutachten für die Hans-Böckler-Stiftung, Mai 2012
Download und Quellendetails: www.boecklerimpuls.de

RENTENREFORM

Kurzfristige Einschnitte machen krank

Nach einer Kürzung der Altersbezüge im öffentlichen Dienst stieg die Zahl depressiver älterer Arbeitnehmer in den Niederlanden sprunghaft an. Angesichts dieser Erfahrung warnen Ökonomen vor allzu kurzfristigen Rentenreformen.

Viele europäische Länder planen im Zuge ihrer Sparprogramme, das Renteneintrittsalter anzuheben. Für den einzelnen Beschäftigten ist dies ein starker Eingriff in die Lebensplanung – der negative gesundheitliche Folgen haben kann. Eine Untersuchung der Ökonomen Andries de Grip, Maarten Lindeboom and Raymond Montizaan von den Universitäten Maastricht und Amsterdam zeigt, dass die psychische Gesundheit vieler Beschäftigter erheblich leidet, wenn sie plötzlich vor der Wahl stehen: entweder noch ein Jahr Arbeit dranhängen oder deutlich weniger Rente bekommen als bislang gedacht.*

Die Wissenschaftler untersuchten die Konsequenzen einer Rentenreform in den Niederlanden. Dort konnten Beschäftigte des öffentlichen Dienstes bis 2006 mit 62 Jahren in Rente gehen und bekamen 70 Prozent der früheren Bezüge als Ruhegeld. Nach der Reform galt diese Regelung nur noch für Staatsdiener, die vor dem 1. Januar 1950 geboren sind. Alle anderen müssen nun 13 Monate länger arbeiten, um auf die vollen Altersbezüge zu kommen oder sich als Rentner mit 64 Prozent des früheren Einkommens zufriedengeben. Den Betroffenen blieben nur sechs Jahre, um sich auf ihre neue Situation einzustellen. Diese Frist reicht de Grip und seinen Koautoren zufolge nicht aus, um so viel zu sparen, dass sich die ursprünglichen Pläne für Alterseinkommen und letzten Arbeitstag aufrechterhalten lassen.

Zwei Jahre nach der Gesetzesänderung haben die Wissenschaftler männliche Staatsbeschäftigte der Jahrgänge 1949 und 1950 – also die letzte von der Reform nicht betroffene und die erste betroffene Alterskohorte – nach ihrem Gesundheitszustand befragt. Über 5.000 auswertbare Fragebögen kamen so zusammen. Den angeschriebenen Beschäftigten wurde dabei nicht mitgeteilt, dass es bei der Studie um die Reform der Altersversorgung geht.

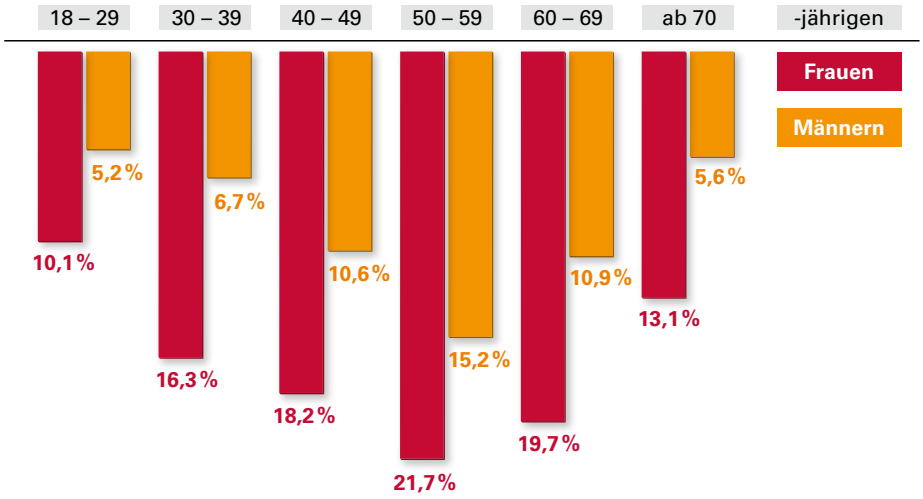
Das Ergebnis war den Wissenschaftlern zufolge eindeutig: Die Quote derer, die an Depressionen leiden, lag unter den jüngeren, also von der Reform betroffenen Beschäftigten um etwa 40 Prozent über dem Wert der etwas älteren. Die Forscher sind sich sicher, dass dieses Ergebnis tatsächlich eine Folge der Rentenreform ist, weil sich die Vergleichsgruppen in nichts systematisch unterscheiden außer dem Alter. Einen weiteren Hinweis darauf, dass die Veränderung der Ruhestandsregelungen wirklich ursächlich für die erhöhte Zahl der Depressionen ist, sehen die Wissenschaftler in der Tatsache, dass der Effekt bei Beschäftigten besonders ausgeprägt ist, die allein für ihre Familien sorgen müssen, weil ihre Frauen keine eigenen Rentenansprüche haben.

Die Forscher weisen darauf hin, dass es sich bei Depressionen keineswegs um eine seltene Erkrankung handelt. So sind in den Niederlanden, Großbritannien oder den USA laut Weltgesundheitsorganisation rund zehn Prozent der Bevölkerung betroffen. Depressionen stünden zudem in Zusammenhang mit anderen Krankheiten, etwa Herzleiden oder Diabetes. Die Gesundheitsausgaben für Depressive lägen pro Kopf etwa viermal so hoch wie für die übrige Bevölkerung. Hinzu kämen weitere volkswirtschaftliche Kosten durch sinkende Produktivität und Arbeitsausfälle.

Regierungen, die ihre Rentensysteme neu justieren, sollten diese Fakten berücksichtigen, schreiben die Wissenschaftler. Kürzungen dürften nicht so kurzfristig in Kraft treten, dass ältere Arbeitnehmer praktisch keine Chance mehr haben, anderweitig fürs Alter vorzusorgen. Die Befunde aus den Niederlanden dürften nicht zuletzt damit zusammenhängen, dass Arbeitsnehmer es als ausgesprochen unfair empfinden, wenn politische Entscheidungen relativ plötzlich ihre Lebensentwürfe durchkreuzen.

Volkskrankheit Depression

An einer Depression erkrankten bereits einmal unter den …



Erhebungszeitraum 2008 – 2009; Quelle: Gesundheitsberichterstattung des Bundes 2010 | © Hans-Böckler-Stiftung 2012

* Quelle: Andries de Grip, Maarten Lindeboom, Raymond Montizaan: Shattered Dreams: The Effects of Changing the Pension System Late in the Game, in: The Economic Journal, März 2009
Download unter www.boecklerimpuls.de

Impressum

Herausgeberin: Hans-Böckler-Stiftung
Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf, Telefon 02 11 / 77 78-0
Verantwortlicher Geschäftsführer: Dr. Wolfgang Jäger (V.i.S.d.P.);
Chefredaktion: Rainer Jung; **Redaktion:** Andreas Kraft, Kai Kühne, Annegret Loges, Ernst Schulte-Holtey, Philipp Wolter, Sören Zieher; E-Mail redaktion-impuls@boeckler.de; Telefon 02 11 / 77 78-286, Fax 02 11 / 77 78-207;
Druck und Versand:
Setzkasten GmbH, Kreuzbergstraße 56, 40489 Düsseldorf

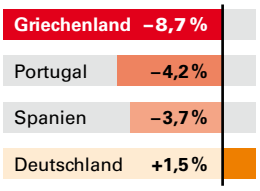
Weiter im Netz: Alle Grafiken zum Download (Abdruck frei nach Rücksprache mit der Redaktion und Angabe der Quelle), weitergehende Informationen, Links und Quellenangaben unter www.boecklerimpuls.de

TrendTableau

ARBEITSMARKT

Beschäftigungskrise in Südeuropa

So entwickelte sich die Zahl der Erwerbstätigen zwischen den 1. Quartalen 2011 und 2012 in ...



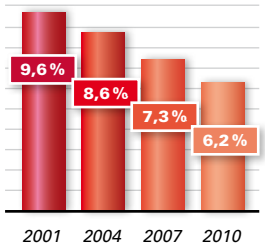
Eurozone -0,5 %

Eurostat, Juni 2012

BILDUNG

Weniger Schulabbrecher

Der Anteil der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss betrug ...

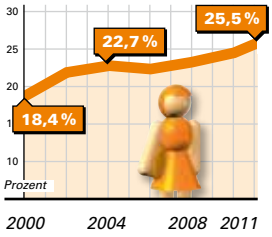


Kultusministerkonferenz, Dezember 2011

GENDER

Ein Viertel auf dem Weg zur Professorin

Von den neu Habilitierten in Deutschland waren weiblich ...



Statistisches Bundesamt, Juni 2012

GESUNDHEIT

Höhere Zuzahlungen

Gesetzlich Krankenversicherte mussten im Durchschnitt zuzahlen ...

Gesundheitsberichterstattung des Bundes, Mai 2012

EINKOMMEN

Wenig Arbeitslosengeld für Junge

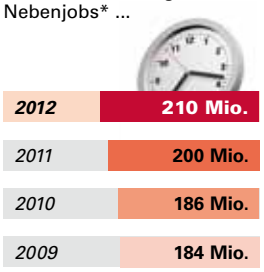
Die durchschnittliche Höhe des ALG I betrug im März 2012 bei ...

Bundesagentur für Arbeit, 2012

ARBEITSWELT

Mehr Arbeit nebenbei

So viele Arbeitsstunden leisteten Beschäftigte in Nebenjobs* ...



* jeweils 1. Quartal
Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Juni 2012

MITBESTIMMUNG

Betriebsratslose Kleinbetriebe

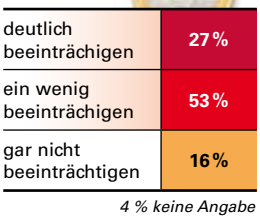
Von den privatwirtschaftlichen Betrieben mit 5 bis 50 Beschäftigten haben einen Betriebsrat ...

IAB-Betriebspanel, 2012

ZUFRIEDENHEIT

Angst vor Krisenkosten

„Die Eurokrise wird mein Einkommen oder Vermögen langfristig ...“



4 % keine Angabe

1.001 befragte Wahlberechtigte in Deutschland
Infratest Dimap für ARD, Juni 2012

VERMÖGEN: Die reichsten Menschen der Welt, rund elf Millionen (Multi-)Millionäre, verfügen über ein Gesamtvermögen von 42 Billionen US-Dollar, berichtet die Beratungsgesellschaft Capgemini. Zum Vergleich: Die weltweite Wirtschaftleistung lag 2011 bei knapp 70 Billionen US-Dollar. Die mit Abstand meisten Superreichen mit einem verfügbaren Vermögen von mindestens einer Million US-Dollar leben in den USA (rund 3,1 Millionen), gefolgt von Japan (1,8 Millionen) und Deutschland (950.000).
Capgemini, Juni 2012

BILDUNG: Die Hochschulen in Deutschland müssen sich immer stärker durch selbst eingeworbene Mittel aus staatlichen Förderprogrammen und Wirtschaftsaufträgen finanzieren. Mit 5,3 Milliarden Euro machen diese Drittmittel inzwischen mehr als ein Viertel der Hochschulfinanzierung aus, wie die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) mitteilt.
DFG, Juni 2012

GENDER: Wenn Frauen vor der Geburt eines Kindes berufstätig sind, gehen die Väter häufiger in Elternzeit. Wie das Statistische Bundesamt ermittelte, unterbricht im Schnitt jeder vierte Vater seine Erwerbstätigkeit. Wenn die Partnerin in den zwölf Monaten vor der Geburt einer Beschäftigung nachgeht, steigt die Quote auf ein knappes Drittel. Allerdings gehen Väter meistens nur kurz in Elternzeit. So bezogen drei von vier Männern höchstens für zwei Monate Elterngeld.
Statistisches Bundesamt, Juni 2012

Der nächste Böckler Impuls erscheint am 5. September

bestellen unter www.boecklerimpuls.de